

Politischer Liberalismus und gesellschaftlicher Wandel zwischen 1960 und 1990

Dieser Beitrag fragt nach der liberalen Signatur im Wandel von Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1960 und 1990. Am Anfang stand eine Phase des grundlegenden gesellschaftlichen und kulturellen Wandels, insbesondere der politischen Kultur, eine Zeit der gesellschaftlichen Liberalisierung, der Reformhoffnung und deren politischer Umsetzung in den Gesellschaftsreformen der Großen und der sozialliberalen Koalition. Diese Reformeuphorie und die mit ihr einhergehenden Machtbarkeitsvorstellungen gingen nach dem Konjunktureinbruch und dem tiefgreifenden Strukturwandel der 1970er Jahre verloren; die breite gesellschaftliche Verankerung der liberalen Demokratie blieb jedoch erhalten. Diese Entwicklung ist in der Forschung als Liberalisierung beschrieben worden und soll hier kurz betrachtet werden. Daran knüpft sich die Frage, welche Rolle der politische Liberalismus bei dieser Entwicklung spielte. War die FDP Motor des gesellschaftlichen und politischen Wandels, oder wurde sie selbst von ihm geprägt und verändert? Und welche Folgen hatte diese Entwicklung für die Partei?

Zur Beantwortung dieser Frage geht dieser Aufsatz in drei Schritten vor: Zunächst beschreibt und interpretiert er den gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik von den 1960er bis zu den 1980er Jahren. Dann fragt er nach der Rolle, die der Sozialliberalismus als Produkt und als Motor dieser gesellschaftlichen Liberalisierung spielte, und blickt dabei vor allem auf das Beispiel der Bildungspolitik. Abschließend fragt er nach den Folgen dieser gesellschaftlichen und innerparteilichen Liberalisierung für die FDP und ihre politische Stellung im Parteiengefüge der 1980er Jahre.

1) Liberalisierung: Gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik der 1960er bis 1980er Jahre

Zwischen der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und dem Beginn der 1970er Jahre hat sich ein erstaunlich schneller und tiefgreifender Wandel

der Gesellschaft, der politischen Kultur und der Werteordnung vollzogen.¹ Insbesondere die rasche Stabilisierung und breite gesellschaftliche Akzeptanz liberaldemokratischer Institutionen und Werte sind alles andere als selbstverständlich, auch wenn sie zunächst im Schatten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus weniger Aufmerksamkeit erregten. Zeitgenossen und rückblickende Beobachter haben diesen Wandel jedoch sehr wohl bemerkt und gedeutet. So erklärte der damalige Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsverbands AFL-CIO, George Meany, im Jahr 1959, es gebe neben dem Wirtschaftswunder

„ein noch größeres deutsches Wunder der Nachkriegszeit. Über dieses Wunder wird nicht genug gesprochen, obgleich es, langfristig gesehen, für die Welt als Ganzes noch bedeutsamer ist. Ich denke an das geistige, moralische und politische Wiedererwachen, an die Wiedergeburt und das Erstarken der Demokratie in Deutschland - nach zwölf Jahren der Dunkelheit und des Schreckens der Nazi-Diktatur.“²

30 Jahre später erklärte Jürgen Habermas kurz vor dem Mauerfall: „Wir sind zum ersten Mal ein halbwegs normaler Bestandteil der westlichen Staatengemeinschaft geworden.“³

Die Entstehung einer demokratischen „Normalität“ in der Bundesrepublik vollzog sich jedoch keineswegs von selbst. Sie wurde nicht allein durch den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen hervorgebracht und war mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes keineswegs abgeschlossen. Sie war vielmehr das Ergebnis gesellschaftlicher Erfahrungen und Lernprozesse sowie politischer Auseinandersetzungen. Diese Entwicklung ist, so formuliert es Ulrich Herbert, „geradezu atemverschlagend – und zwar umso mehr, je genauer wir über das Ausmaß der Integration von NS-Staat und Gesellschaft informiert sind.“⁴ Ausgehend von dieser NS-Belastung, der verbreiteten Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, des Pluralismus und

1 Ulrich Herbert: Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze. In: Ders. (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980. Göttingen 2002. S. 7-49; Thomas Ellwein: Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren. München 1989; Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2005; Jan-Werner Müller (Hrsg.): German Ideologies Since 1945. Studies in the Political Thought and Culture of the Bonn Republic. New York/Basingstoke 2003.

2 Presseerklärung des Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, George Meany, aus Anlass der Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband durch Bundeskanzler Adenauer, Bonn, 7. Dezember 1959, DGB-Archiv, Bestand 24/614.

3 Jürgen Habermas: Interview mit Barbara Freitag [1989]. In: Ders.: Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften Bd. VII. Frankfurt/M. 1990, S. 99-113, hier S. 99.

4 Herbert: Liberalisierung (wie Anm. 1), S. 7.

der gesellschaftlichen wie kulturellen Begleiterscheinungen der Moderne insgesamt, entwickelten sich in verblüffend kurzer Zeit nicht nur stabile demokratische Institutionen, die breite Zustimmung in der Bevölkerung fanden, sondern auch eine Gesellschaft, die liberaldemokratische, rechtsstaatliche und pluralistische Grundwerte für wichtig erachtete und zu verteidigen bereit war. Schon Anfang der 1960er Jahre wurde dies sichtbar.

Für diese bemerkenswerte Entwicklung hat die deutsche Zeitgeschichtsschreibung vor allem in den 1990er Jahren eine Reihe von Erklärungsansätzen hervorgebracht. Den Anfang machte schon 1984 Hans-Peter Schwarz, der auf Modernisierungsprozesse in Politik, Wirtschaft und Alltagsleben hinwies und den Wandel von Wertvorstellungen hervorhob. Er sah in den 1950er Jahren eine „gewisse Versöhnung zwischen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Modernisierung in die Wege geleitet.“ Hier findet sich noch die der zeittypischen, aber inzwischen etwas aus der Mode geratenen, Modernisierungstheorie verhaftete Annahme, dass strukturelle, vor allem wirtschaftliche Modernisierung ‚normalerweise‘ mit politischer Demokratisierung und gesellschaftlicher Liberalisierung einhergehe.⁵

Auf diesen Ergebnissen aufbauend haben dann Axel Schildt und Arnold Sywottek 1993 die These vertreten, dass in den 1950er Jahren die bereits modernen Gesellschaftsstrukturen, die sich im späten 19. Jahrhundert entwickelt hatten und zu denen die deutsche Gesellschaft der 1950er Jahre in deutlicher Kontinuität gestanden habe, durch einen (erneuten) Modernisierungsprozess abgelöst worden seien. Modernisierung wird hier einerseits als gesellschaftliche Modernisierung verstanden: als die Auswirkungen, die wirtschaftlich-technische Innovationen wie Motorisierung, Haushaltstechnik oder Fernsehen und deren breite Nutzung auf das Verhalten und den Lebensstandard der Menschen haben. Andererseits wird sie als sozialstrukturelle Modernisierung gefasst, als gesellschaftliche Entdifferenzierung und „Nivellierung“, als Abschwächung schichten- und klassengebundener Lebensstile und Traditionen.⁶ In den 1950er Jahren habe zunächst der Wiederaufbau im Vordergrund gestanden und damit die Rückkehr zur Normalität, einer Normalität, die ihr Vorbild im Wilhelminischen Kaiserreich hatte, das als „gute

5 Hans-Peter Schwarz: Die ausgebliebene Katastrophe. Eine Problem skizze zur Geschichte der Bundesrepublik. In: Hermann Rudolph (Hrsg.): Den Staat denken. Berlin 1984, S. 151-174, Zitat S. 153.

6 Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1998, hierin besonders Arnold Sywottek: Wege in die 50er Jahre, S. 13-39, hier S. 17 f.

alte Zeit“ imaginiert wurde.⁷ Tatsächlich habe „die moderne Gesellschaft des Kaiserreichs noch bis in die 50er Jahre hinein fortbestanden“, ehe um 1957 die gesellschaftliche und sozistrukturelle Modernisierung übernahm.⁸

Am Ende der 1950er Jahre endete so gesehen also mehr als nur die Nachkriegszeit. Es endete die Epoche der Hochmoderne, die seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts angedauert hatte.⁹ Allerdings bleibt die Modernisierungsthese, die den technisch-wirtschaftlichen und sozistrukturellen Wandel in der Bundesrepublik miteinander verbindet und um etwa 1957 eine gesellschaftliche Zäsur diagnostiziert, die Frage nach den Akteuren und Trägern dieses Wandels schuldig.

Diesen Aspekt betont stattdessen der Ansatz der „Westernisierung“ von Anselm Doering-Manteuffel, der Aspekte des gezielten interkulturellen, insbesondere transatlantischen Transfers von Ordnungsvorstellungen in den Mittelpunkt stellt und damit nach Motiven, Trägern und Mechanismen des Wandels der politischen Kultur in der Bonner Republik fragt. Hier wird die Entstehung und Stabilisierung einer pluralistischen, westlich-liberalen Werteordnung zum einen als Grundlage der Stabilität der demokratischen Ordnung verstanden und zum andern als Produkt gezielten politischen und gesellschaftlichen Handelns nichtstaatlicher Akteure wie Publizisten, Journalisten, Parteipolitiker und Gewerkschafter gedeutet, die in deutsch-amerikanischen, europäischen und in jedem Fall transnationalen Zusammenhängen dachten und agierten. Dabei spielen deren Erfahrungen in Diktatur und Exil und ihre Auseinandersetzung mit fremden – amerikanischen, britischen oder skandinavischen – Werteordnungen eine wichtige Rolle.¹⁰

7 Vgl. hierzu Eckart Conze: Eine bürgerliche Republik? Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. In: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), S. 527-542. hier S. 534. Conze verweist hier auf eine Allensbach-Umfrage von 1951, nach der 45% der Befragten angaben, im Kaiserreich sei es Deutschland am besten gegangen, gefolgt von den Friedensjahren des ‚Dritten Reichs‘ (40%).

8 Sywottek: Wege (wie Anm. 6), S. 24 u. 35.

9 Zum Konzept der Hochmoderne: James C. Scott: Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed. New Haven/London 1998; Ulrich Herbert: Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century. In: Journal of Modern European History 5 (2007), S. 5-20; Lutz Raphael: Ordnungsmuster der ‚Hochmoderne‘? Die Theorie der Moderne und die Geschichte der europäischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert. In: Ute Schneider/Ders. (Hrsg.): Dimensionen der Moderne. Festschrift für Christof Dipper. Frankfurt a.M. 2008, S. 73-92.

10 Anselm Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert. Göttingen 1999; vgl. auch Arnd Bauerkämper u. a. (Hrsg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970. Göttingen 2005; Philipp Gassert: Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung. Neue Literatur zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa. In: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 531-561.

Und schließlich hat sich eine Freiburger Forschergruppe um Ulrich Herbert mit diesem Phänomen gesellschaftlichen Wandels beschäftigt und ihn als „Liberalisierung“ bezeichnet.¹¹ Während Modernisierung ein „Formati ons begriff“ sei, der auf wirtschaftlich-technische und politisch-soziale As pekte abhebe, versteht Herbert unter „Liberalisierung“ einen „wert- und handlungsbezogenen Begriff der politischen Kultur“, der sich auf Mentalitäten, Wahrnehmungs-, Aktions- und Reaktionsmuster sowie auf „Dispositi onstrukturen der Gesellschaft“ bezieht. „Liberalismus“ wird dagegen als „Begriff für politisch-ökonomische Programme“ gewertet, „bezogen vor allem auf Stärkung der Individuen und Rückbindung der Kompetenzen des Staates auf die Garantien der Grundrechte, auf Leistungsidee, Marktorientie rung und Rechtsgleichheit“¹²

Dieser Ansatz fragt nach Phasen, Prozessen und Trägern von Liberalisie rung und konzentriert sich stark auf Mentalitäten, Werte und politische Ein stellungen. Er wendet sich auch gezielt gegen die (modernisierungstheore tisch geprägte) Annahme, eine bestimmte wirtschaftliche Entwicklung führe ‚automatisch‘ zu einer entsprechend ‚modernen‘ politischen Kultur. Der gesellschaftliche und kulturelle Wandel in Westdeutschland wird stattdessen als Ergebnis eines gezielten, vielschichtigen und von zahlreichen Akteuren ge tragenen Prozesses betrachtet: Er war, wie Ulrich Herbert es formuliert hat, „nicht geworden, sondern gemacht“.¹³ Darin ist diese Argumentation dem Westernisierungsansatz nicht unähnlich, verzichtet aber auf die transnationale Perspektive und behandelt den gesellschaftlichen Wandel stärker im west deutschen Zusammenhang. Als Akteure identifiziert dieser Ansatz die Ange hörigen dreier Generationen, die zwischen 1900 und den 1940er Jahren ge boren wurden und in Schule und Hochschule, Justiz und Verwaltung, in der Politik und im Journalismus tätig waren.¹⁴

Was hier als Liberalisierung, ja als „Fundamentalliberalisierung“ (Her bert), beschrieben wird, ist vor allem die Entwicklung zu politischem und gesellschaftlichem Pluralismus, zur Akzeptanz des repräsentativen Parlam entarismus und der Parteidemokratie. Diese vollzog sich in Öffentlichkeit und Politik in mehreren Etappen: Sie begann in den späten 1950er Jahren, hatte ihre Hochphase in den 1960er Jahren und ihre Ausläufer reichten bis in die 1980er Jahre. Die Kernphase liegt, so Herbert, zwischen 1959 und 1974. Der Ausgangspunkt war eine zutiefst vom Nationalsozialismus geprägte Gesellschaft, die zudem in Fragen der politischen Kultur und der Werteordnung auch Kontinuitäten zum Deutschen Kaiserreich aufwies. Dazu gehörten u. a. Aspekte wie antipluralistische Gesellschaftskonzepte, ein au

11 Herbert: Wandlungsprozesse in Westdeutschland (wie Anm. 1).

12 Herbert: Liberalisierung (wie Anm. 1), S. 13 f.

13 Ebd., S. 9.

14 Vgl. ebd. S. 43 ff.

toritäres Staatsverständnis, eine grundlegende Ablehnung der „kulturellen Moderne“¹⁵ insgesamt, vor allem des sogenannten Amerikanismus und des „Massenzeitalters“, sowie eine Haltung, die den Zusammenbruch von 1945 als „deutsche Katastrophe“ empfand.¹⁶

Eckart Conze skizziert für die ersten beiden Jahrzehnte der Bundesrepublik ein Verlaufsmodell von der „breiten gesellschaftlichen Akzeptanz der Staats- und Verfassungsinstitutionen als Voraussetzung sozialer und politischer Stabilität“, die dann „Ausgangspunkt umfassender gesellschaftlicher Liberalisierungsprozesse jenseits des staatlich-institutionellen Bezugsrahmens“ waren.¹⁷ Schon Anfang der 1960er Jahre finden sich zahlreiche Hinweise darauf, dass sich die liberale, parlamentarische Demokratie und ihre Institutionen in der Bundesrepublik eingewurzelt hatten und dass westlich-liberale Grundwerte nun auch für den gesellschaftlichen und kulturellen Bereich eingeklagt wurden. Die Westbindung und das parlamentarische System waren inzwischen weitgehend akzeptiert, nicht zuletzt deswegen, weil der wirtschaftliche Wohlstand auch politische Stabilität mit sich gebracht hatte.¹⁸ Nun begannen verschiedene politische und gesellschaftliche Gruppierungen in den Medien, Parteien und Verbänden, sich aktiv für eine liberalere politische Kultur einzusetzen. So begehrten nicht erst die „1968er“ gegen die autoritären Strukturen in Elternhaus, Schule, Universität und Bundeswehr auf; die Entstehung einer Protestkultur lässt sich vielmehr schon gegen Ende der 1950er Jahre ausmachen, als die ersten Ostermarschierer gegen die Atombombe protestierten und die „Halbstarken“ ihre (gemäßigte, aber damals dennoch schockierende) Subkultur entwickelten.¹⁹

Zugleich löste sich die SPD 1959 in ihrem Godesberger Programm vom Marxismus und wandelte sich von der Millieu- und Klassenpartei zur pluralistischen Volkspartei; auch die Gewerkschaften gaben ihre traditionellen

15 Hierzu v. a. Detlev Peukert: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne. Frankfurt/M. 1987, bes. S. 87.

16 Herbert: Liberalisierung (wie Anm. 1), S. 1-28; vgl. auch Doering-Manteuffel: Wie westlich (wie 10), S. 20-34; Adolf Halfeld: Amerika und der Amerikanismus. Kritische Beitrachtungen eines Deutschen und Europäers. Jena 1927; Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. Wiesbaden 1946.

17 Conze: Eine bürgerliche Republik (wie Anm. 7), S. 536.

18 Werner Abelshauser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München 2004.

19 Christina von Hodenberg/Detlef Siegfried (Hrsg.): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen 2006; Thomas Etzemüller: 1968: Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegung in Westdeutschland und Schweden. Konstanz 2005; Wolfgang Kraushaar: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946 bis 1995. 3 Bde. Hamburg 2003; Ingrid Gilcher-Holtey: Die 68er Bewegung – Deutschland, Westeuropa, USA. München 2001; Philipp Gassert: Das kurze „1968“ zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur: Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre. In: H-Soz-u-Kult, 30.04.2010, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2010-04-001>.

Vorstellungen von einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf.²⁰ Vor allem aber setzte nun eine breite Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ein. Dies wurde vor allem angestoßen durch eine Reihe von Prozessen, in denen sich die westdeutsche Justiz zum ersten Mal mit den Tätern und Strukturen der Massenmorde in den Vernichtungslagern Osteuropas auseinandersetzte.²¹ Nun gerieten die Massenmörder und mit ihnen die Frage nach der Beteiligung der deutschen Gesellschaft an den Verbrechen des Nationalsozialismus in den Blick.²²

Das vielleicht bekannteste Beispiel für die Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft war die „Spiegel-Affäre“. Sie machte die Entstehung einer liberalen Öffentlichkeit und politischen Kultur sichtbar und beförderte sie zugleich auch. Die Bundesregierung hatte den Chefredakteur und den Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ verhaften und die Redaktionsräume durchsuchen lassen, weil das Magazin die Bundeswehr als „bedingt abwehrbereit“ beschrieben und verteidigungspolitische Missstände aufgedeckt hatte – die Recherche basierte auf publizierten Quellen, wurde aber seitens der Regierung Adenauer als „Geheimnisverrat“ behandelt. Diese überzogene Reaktion führte zu anhaltenden gesellschaftlichen Protesten. Eine empörte Öffentlichkeit pochte auf die Garantie der Pressefreiheit und verurteilte das Vorgehen der Regierung, die schließlich nachgeben musste; der „Spiegel“-Chefredakteur Conrad Ahlers und der Herausgeber Rudolf Augstein wurden aus der Untersuchungshaft entlassen, und Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß musste zurücktreten. Das Strafverfahren gegen die Spiegel-Redaktion wurde 1965 schließlich eingestellt.²³ Hier manifestierte sich eine kritische Öffentlichkeit, die sich auch ganz unmittelbar auf die Innenpolitik der Regierung Adenauer auswirkte. Obrigkeitsstaatliche Traditionen waren ganz offensichtlich zumindest in Teilen der Gesellschaft durch ein westlich-liberales Demokratieverständnis ersetzt worden. Die Presse wurde als vierte Gewalt verteidigt, die Regierung war der Wählerschaft rechenschaftspflichtig: Hier wurde Rechtstaatlichkeit öffentlich eingeklagt.

- 20 Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB. München 2003.
- 21 Dies waren der Ulmer Einsatzgruppen-Prozess von 1959, der Eichmann-Prozess 1961 in Jerusalem, der von den westdeutschen Medien begleitet wurde, und schließlich die Auschwitz-Prozesse in Frankfurt am Main: 1963-65 die „Strafsache gegen Mulka und andere“, 1965/66 der „gegen Burger und andere“ und 1967/68 „gegen Bonitz und Windeck“. Weitere Prozesse zogen sich noch bis in die frühen 1980er Jahre. Vgl. u. a. Raphael Gross/Werner Renz (Hrsg.): Der Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965). Kommentierte Quellenedition. 2 Bde. Frankfurt am Main/New York 2013.
- 22 Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996.
- 23 Thomas Ellwein/Manfred Liebel/Inge Negt: Die Spiegel-Affäre. Bd. 2: Die Reaktion der Öffentlichkeit. Olten–Freiburg i. Br. 1966.

Zu dieser Zeit änderte sich auch der Blick auf die eigene Geschichte, die zunehmend als Geschichte eines Demokratiedefizits und als Folge der selbstgewählten Distanz zum Westen und seinen Werten gedeutet wurde. Diese zeitgenössische Lesart findet sich seit Anfang der 1960er Jahre bei Politikwissenschaftlern, Soziologen und ab etwa 1970 auch bei Historikern in der Bundesrepublik.²⁴

Seit Anfang der 1960er Jahre wird also ein Wandel in den gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen, vor allem der politischen Kultur, sichtbar, der sich durchaus als „Liberalisierung“ bezeichnen lässt.

2) Die Rolle des politischen Liberalismus

Welche Rolle spielte nun der politische Liberalismus bei dieser Entwicklung? War insbesondere der Sozialliberalismus eher Motor oder Produkt des gesellschaftlichen Liberalisierungsprozesses in Westdeutschland?

Die Freie Demokratische Partei Deutschlands entstand in der frühen Nachkriegszeit durch den Zusammenschluss verschiedener regionaler liberaler Parteien.²⁵ Diese regionalen Parteien stammten aus dem Liberalismus der Weimarer Zeit und vereinten in sich recht unterschiedliche liberale Traditionen. Selbst ehemalige NS-Funktionäre, Wehrmachtsoffiziere und SS-Mitglieder gehörten zu ihren Mitgliedern.²⁶ Insgesamt war die frühe FDP eine so heterogene Partei, dass sie auseinanderzubrechen drohte.²⁷

Neben dieser Heterogenität hatte die FDP in der frühen Bundesrepublik auch mit dem Problem der eigenständigen Profilierung zu kämpfen: Die CDU hatte mit dem Programm der sozialen Marktwirtschaft selbst einen deutlichen liberalen Anteil in ihrer Programmatik. Im gemeinsamen „bürger-

- 24 Ernst Fraenkel: Deutschland und die westlichen Demokratien., Stuttgart 1964; Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München/Zürich 1965. Für die Bielefelder Schule und deren Rezeption der Kritischen Theorie u.a. Hans-Ulrich Wehler: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 . Göttingen 1973; ders.: Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975.
- 25 Zur Geschichte der FDP u.a.: Peter Lösche/Franz Walter: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel. Darmstadt 1996; Hans Vorländer: Die Freie Demokratische Partei. In: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuther (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 2.Aufl. Bonn 1992, S. 266-318. Als Fakten-Überblick außerdem Udo Leuschner: Die Geschichte der FDP. Von den Anfängen 1945 bis zur Verbannung aus dem Bundestag 2013. Münster 2015; Jürgen Dittberner: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Wiesbaden 2005.
- 26 Ulrich Herbert: Rückkehr in die Bürgerlichkeit. NS-Eliten in der Bundesrepublik. In: Bernd Weisbrod (Hrsg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Hannover 1995, S. 157-173; ders.: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989. Bonn 1996, S. 461-467.
- 27 Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009, S. 141-144.

lichen Lager“ fiel es der FDP – als dem kleineren Koalitionspartner der CDU-Regierungen der 1950er Jahre – schwer, sich zu profilieren. Thomas Dehler, der den Partei- und Fraktionsvorsitz innehatte, unternahm daher den Versuch, sich von Adenauer zu distanzieren; in Nordrhein-Westfalen ging die FDP in eine Koalition mit der SPD und stürzte so Karl Arnold, den CDU-Ministerpräsidenten. Der Austritt der FDP 1956 aus der Koalition in Bonn zahlte sich jedoch nicht aus: Die Wahlen führten zu einer absoluten Mehrheit für Konrad Adenauer. Und 1961 kehrte die FDP wieder in eine Koalition mit der CDU zurück.²⁸

Auch in der FDP kam es jedoch Anfang 1960er Jahre zu einem Generationswechsel und damit zu einem Erneuerungsprozess. Die jüngere Generation von Mitgliedern orientierte sich nun an den Traditionen des Linkoliberalismus und entwickelte sie in Richtung eines Sozialliberalismus weiter. Mit Sozialliberalismus ist eine liberale Richtung der 1960er Jahre gemeint, die drei Positionen miteinander verband: Sie hielt ein sorgfältig dosiertes Eingreifen des Staates für notwendig und fand sich mit dem modernen Interventionsstaat als Wohlfahrtsstaat und sozialem Rechtsstaat innerhalb bestimmter Grenzen ab. Sie trat außerdem für politische Evolution durch gesellschaftliche Reformen und schließlich dafür ein, ihr Reformprogramm durch die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie durchzusetzen.²⁹ Allerdings reicht diese Richtung deutlich weiter zurück. Zu ihrer Vorgeschichte gehört die „soziale Öffnung des Linkoliberalismus“, wie sie zugespielt 1907 im Gründungsauftruf des ‚Nationalvereins für das liberale Deutschland‘ zum Ausdruck kam, oder sogar schon der Frühliberalismus des frühen 19. Jahrhunderts, wie Dieter Langewiesche argumentiert, der den Sozialliberalismus und nicht den Wirtschaftsliberalismus am Beginn der Geschichte des Liberalismus sieht.³⁰

Für den Linkoliberalismus dienen liberale Freiheitsrechte als Hebel für die Verwirklichung von Demokratie und Freiheit; daraus zieht der Sozialliberalismus der 1960er Jahre die radikale Konsequenz, dass individuelle Freiheit mit sozialer Freiheit und daher mehr Gleichheit verknüpft sein müsse, damit das Individuum wirklich frei sein und seine Freiheitsrechte nutzen könne.

28 Vgl. ebd.

29 Karl Holl: Überlegungen zum deutschen Sozialliberalismus. In: Ders./Günter Trautmann/ Hans Vorländer (Hrsg.): Sozialer Liberalismus. Göttingen 1986, S. 227-232, hier 227f.; Conze: Suche nach Sicherheit (wie Anm. 27), S. 275.

30 Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt/M. 1988, bes. S. 8; für das Zitat und den Gründungsauftruf vom 15. März 1907 ebd. S. 226. Zu den Traditionen des Linkoliberalismus: Klaus Weber: Der Linkoliberalismus in der Bundesrepublik um 1969. Konjunktur und Profile. Frankfurt/M. u.a. 2012, S. 58-76; Artikel Linkoliberalismus. In: Hanno Drechsler u. a. (Hrsg.): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. 10. Aufl. München 2003, S. 613-616; Wolfgang Schieder: Der deutsche Liberalismus in Staat und Gesellschaft des Vormärz. In: liberal 27 (1985), S. 77-83; Jörn Leonhard: Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters. München 2001.

Und der Hebel hierzu wiederum war die Schaffung größerer Chancengleichheit durch Bildung und sozialstaatliche Regelungen.³¹ Die „Ungleichheiten der Ausgangschancen in der deutschen Gesellschaft“ mussten beseitigt werden, um eine liberale demokratische Gesellschaft zu schaffen.³²

Dieser „innerparteiliche Formungsprozess des linken FDP-Flügels“ wurde, wie Klaus Weber betont, nicht unweentlich beeinflusst von dem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel der Bundesrepublik. Die FDP reagierte darauf, dass obrigkeitstaatliches Denken und Nationalismus zunehmend weniger Akzeptanz in Öffentlichkeit und Wählerschaft fanden. So war es auch kein Zufall, dass sich in der FDP die linksliberalen Positionen seit Anfang der 1960er Jahre stärker bemerkbar machten: Der Prozess der Umorientierung innerhalb der FDP hatte sich in der Spiegel-Krise gezeigt, bei der sich die FDP „als das liberale Gewissen der westdeutschen Demokratie“ profilerte.³³ Dieser „neue“ Linksliberalismus wurde innerhalb der FDP rasch zu einer starken Strömung, die, so Klaus Weber, für den koalitionspolitischen Umschwung zur Sozialdemokratie im Bund und für das Ende des bürgerlichen Nationalliberalismus‘ zumindest mitverantwortlich zeichnete und zum „tragenden Bezugspunkt des liberalen Parteiprogramms von 1971“, der Freiburger Thesen, wurde.³⁴

Die Freiburger Thesen forderten insbesondere die „Demokratisierung der Gesellschaft“ und die „Reform des Kapitalismus“.³⁵ Freiheit und Rechte werden hier als soziale Chancen verstanden:

„Freiheit und Glück des Menschen sind für einen solchen Sozialen Liberalismus danach nicht einfach nur eine Sache gesetzlich gesicherter Freiheitsrechte und Menschenrechte, sondern gesellschaftlich erfüllter Freiheiten und Rechte. Nicht nur auf Freiheiten und Rechte als bloß formale Garantien des Bürgers gegenüber dem Staat, sondern als soziale Chancen in der alltäglichen Wirklichkeit der Gesellschaft kommt es ihm an.“³⁶

Diese innerparteiliche Umorientierung und der weitere Reformprozess der FDP in der Opposition während der Großen Koalition ermöglichte schließlich 1969 die sozialliberale Koalition: Der linksliberale Flügel gewann nun innerparteilich an Bedeutung, und ein Bündnis mit der SPD wurde nicht nur

31 Artikel Linksliberalismus (wie Anm. 30), S. 615.

32 Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie (wie Anm. 24), S. 144.

33 Weber: Linksliberalismus in der Bundesrepublik (wie Anm. 30), S. 13; Conze: Suche nach Sicherheit (wie Anm. 27), S. 275.

34 Weber: Linksliberalismus in der Bundesrepublik (wie Anm. 30), S. 12 f.

35 Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik (Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Freiburg vom 25./27. Oktober 1971). In: Heino Kaack: Zur Geschichte und Pro grammistik der Freien Demokratischen Partei. Meisenheim am Glan 1976, S. 118-152, hier S. 118 f, 121 u. 123..

36 Ebd., S. 119.

denkbar, sondern auch politisch durchsetzbar. Die SPD hatte ihrerseits schon Ende der 1950er Jahre mit dem Godesberger Programm einen tiefgreifenden Wandel ihrer Programmatik vollzogen und ein westlich-liberales Demokratieverständnis zur Grundlage ihrer Politik gemacht.³⁷ Dadurch ergaben sich Gemeinsamkeiten mit dem sozialliberalen Flügel der FDP; eine Partnerschaft wurde nicht nur möglich, sondern erschien naheliegend.

Bei der Ausformulierung und Verbreitung des Sozialliberalismus in der FDP spielten einzelne Personen eine wichtige Rolle, die nun außerparteilich wie innerparteilich einflussreich wurden. Neben Werner Maihofer und Karl-Hermann Flach gehörten dazu vor allem Ralf Dahrendorf, der an der Formulierung der Freiburger Thesen mitwirkte, und Hildegard Hamm-Brücher, die in der Bildungspolitik eine wichtige Rolle spielte.³⁸ Dahrendorf und Hamm-Brücher gewannen beide erst durch ihr publizistisches Wirken und ihre Bedeutung in einer breiteren Öffentlichkeit eine politische Rolle innerhalb der Partei. Hamm-Brücher, die im nationalkonservativen bayrischen Landesverband als streitbare „Linksintellektuelle“ gegolten hatte, war 1963 in den Bundesvorstand der FDP gewählt worden und von 1972 bis 1976 stellvertretende Bundesvorsitzende. Ihr wichtigstes Wirkungsfeld war die Bildungspolitik: 1967 wurde sie Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium, von 1969 bis 1972 war sie Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, ehe sie als Staatssekretärin ins Auswärtige Amt wechselte.³⁹ Ralf Dahrendorf war Soziologe und schon Anfang der 1960er Jahre ein aktiver Publizist, der ein Demokratiedefizit der westdeutschen Gesellschaft diagnostizierte und ihre „Demokratisierung“ forderte. Auch dies war damals – nicht zuletzt in der FDP – „dem Zeitgeist weit voraus“.⁴⁰ Auch sein zentrales Thema war die Bildungspolitik. Sein Bekanntheitsgrad außerhalb der Partei half bei seinem raschen Aufstieg in der FDP: Er wurde schon drei Monate nach seinem Parteieintritt Anfang 1968 in den FDP-Vorstand gewählt. Er wirkte als Landtags- und Bundestagsabgeordneter sowie als Staatssekretär im Auswärtigen Amt, ehe er erst zur Europäischen Gemeinschaft

37 Angster: Konsensliberalismus (wie Anm. 20).

38 Für diese Einschätzung und zur Begründung meiner Auswahl von Hamm-Brücher und Dahrendorf als zentrale Beispiele: Weber: Linkliberalismus in der Bundesrepublik (wie Anm. 30), S. 13 und 22 f.

39 Zu Hamm-Brüchers Rolle in der Etablierung des Sozialliberalismus: Weber: Linksliberalismus in der Bundesrepublik, S. 24-29; 107-122. Siehe auch: Hildegard Hamm-Brücher: Bildung ist kein Luxus. Plädoyer gegen die Resignation in der Bildungspolitik. München 1976; dies.: Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz 1921-1996. Köln 1996.

40 Weber: Linksliberalismus in der Bundesrepublik (wie Anm. 30), S. 125.

nach Brüssel und dann zurück in die Wissenschaft wechselte.⁴¹ Hier machte sich eine neue Generation Liberaler daran, die Bundesrepublik Deutschland zu verändern; zugleich aber passten sie den politischen Liberalismus in die neue gesellschaftliche und politische Realität der Bundesrepublik ein. In der sozialliberalen Koalition der Jahre 1969 bis 1982, vor allem aber in der ersten Regierung Brandt-Scheel bis 1972 sahen die Angehörigen des sozialliberalen Flügels die Chance, ihre politischen Vorstellungen in konkrete Politik umzusetzen.

Seit dem „Machtwechsel“ (Arnulf Baring), mit dem die Regierungsbeteiligung und anschließende Regierungsübernahme durch die SPD im Bund bezeichnet wird, begann eine breit angelegte Politik der Gesellschaftsreform, an der die FDP seit 1969 beteiligt war. Der Staat sollte durch gezielte Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft und durch rechtliche Reformen den technischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel, der fraglos im Gange war, gestalten und kontrollieren. „Planung, Programmierung und Steuerung“ waren die neuen Regierungspraktiken, in denen Politik ganz auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse gestaltet werden sollte. Hierin kamen technokratische Vorstellungen von Planung und Machbarkeit zum Ausdruck, die zutiefst vom Glauben an die Kontrollierbarkeit und Gestaltbarkeit moderner Gesellschaften und Wirtschaftsordnungen geprägt waren. Konkret umgesetzt wurden diese Vorstellungen in verschiedenen Feldern: in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in der Sozialpolitik und Bildungspolitik sowie in der Raumordnung und Stadtplanung.⁴²

Vor allem die rechtlichen und sozialpolitischen Reformen sollten zur Liberalisierung der Gesellschaft beitragen und ihren Mitgliedern größere Chancengleichheit und mehr Mitspracherechte bringen.⁴³ Armut, Krankheit, uneheliche Geburt, eine Herkunft vom Land oder weibliches Geschlecht sollten die Entfaltungsmöglichkeiten und das Lebensglück der einzelnen Menschen nicht mehr begrenzen dürfen. Hierzu gehörten die Reform der

41 Ebd., S. 13, 29-34 u. 122-137. Zu den bekannteren Schriften Dahrendorfs, die seinem FDP-Beitritt vorausgingen, gehören: *Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart*. München 1961; *Die angewandte Aufklärung. Gesellschaft und Soziologie in Amerika*. München 1962; *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*. Hamburg 1965; *Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen*. Tübingen 1966. Siehe auch: Jürgen Kocka: Ralf Dahrendorf in historischer Perspektive. Aus Anlass seines Todes am 17. Juni 2009. In: *Geschichte und Gesellschaft* 35 (2009), S. 346-352; Jens Alber: *In memoriam Ralf Dahrendorf (1. Mai 1929 bis 17. Juni 2009)*. In: *Soziologie* 38 (2009), S. 465-475.

42 Gabriele Metzler: „Geborgenheit im gesicherten Fortschritt“. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit. In: Matthias Frese u.a. (Hrsg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezzeit der Bundesrepublik*. Paderborn u.a. 2003, S. 777-797.

43 Als Überblick Frese: *Demokratisierung* (wie Anm. 42), Sektion III; Conze: *Suche nach Sicherheit* (wie Anm. 27), S. 370-378, 388-405.

Rentenversicherung, deren erster Schritt schon 1957 mit der Dynamisierung der Rente vollzogen worden war; außerdem die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, womit die Arbeiter den Angestellten gleichgestellt wurden, das Arbeitsförderungsgesetz sowie das Berufs- und Ausbildungsgesetz. Zu den rechtlichen Reformen zählten eine Strafrechtsreform, die die Verbrechensprävention und Resozialisierung der Täter stärker in den Vordergrund hob und die rechtliche Gleichstellung unehelicher Kinder; außerdem gehörten dazu Reformen des Sexualstrafrechts wie der Wegfall des Kuppeleiparagrafen sowie der Strafen für Ehebruch und homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen, und schließlich die 1976 in Kraft getretene Reform des Eherechts. Deren Ziel war „ein Eherecht, das dem partnerschaftlichen Eheverständnis entspricht, ein faires und ehrliches Scheidungsrecht und ein gerechtes Scheidungsfolgenrecht.“⁴⁴

Als ein besonderer Schwerpunkt der sozialliberalen Gesellschaftsreformen muss aber die Bildungsreform gelten. Schon den Sozialliberalen der frühen 1960er Jahre galt der Zugang zu Bildung als die zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche und politische Partizipation, und damit für eine wahrhaft liberale und demokratische Gesellschaft. Die Reformen weiteten den Zugang zu Gymnasium und Hochschule deutlich aus und erfüllten damit Forderungen, die seit den mittleren 1960er Jahren von Soziologen und Bildungsexperten, aber auch sehr deutlich aus den Reihen des sozialliberalen Flügels der FDP erhoben worden waren. Schützenhilfe erhielt diese Richtung von Georg Picht, Reformpädagoge und Religionsphilosoph an der Universität Heidelberg, der 1964 das Schlagwort von der „Bildungskatastrophe“ geprägt und popularisiert hatte.⁴⁵ Picht bezeichnete das Bildungswesen als eines der „tragenden Fundamente jedes modernen Staates“. Er sah die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik bedroht, denn sie stehe

„in der vergleichenden Schulstatistik am untersten Ende der europäischen Länder neben Jugoslawien, Irland und Portugal. Die jungen Wissenschaftler wandern zu Tausenden aus, weil sie in ihrem Vaterland nicht mehr die Arbeitsmöglichkeiten finden, die sie brauchen. Noch Schlimmeres bereitet sich auf den Schulen vor: In wenigen Jahren wird man, wenn nichts geschieht, die schulpflichtigen Kinder wieder nach Hause schicken müssen, weil es für sie weder Lehrer noch Klassenräume gibt. Es steht uns ein Bildungsnotstand bevor, den sich nur wenige vorstellen können.“⁴⁶

44 Justizminister Gerhard Jahn: Erste Lesung des Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts am 8. Juni 1973, zit. in: Peter Borowsky: Sozialliberale Koalition und innere Reformen. In: Zeiten des Wandels: Deutschland 1961-1974, Informationen zur politischen Bildung, Nr. 258 (1998), S. 35.

45 Georg Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Freiburg i.Br. 1964.

46 Ebd., S. 16.

Eine wichtige Stimme in der sozialliberalen Bildungspolitik war Ralf Dahrendorf. In seinem zentralen Werk „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“, das 1965 erschien, betonte er die Bedeutung einer demokratischen Gesellschaft für stabile politische Strukturen. Er stellte hier die „Deutsche Frage“ neu: „Warum hat das Prinzip der liberalen Demokratie in Deutschland so wenig Freunde gefunden?“ und weiter: „Was muss geschehen, damit auch Deutschland ein Land liberaler Demokratie werden kann?“⁴⁷ Eine Antwort gab er in seinem ebenfalls 1965 erschienenen Buch „Bildung ist Bürgerrecht“, in dem er den Zusammenhang von Bildung und Demokratie betonte.⁴⁸

Die Große und die sozialliberale Koalition machten sich diese Sichtweise zu eigen und setzten sie um: Bund und Länder investierten in den Ausbau der Universitäten. Eine ganze Reihe neuer „Reformuniversitäten“ wurde gegründet, so beispielsweise 1966 die Universität Konstanz, 1969 die Universität Bielefeld oder 1970 die Universität Augsburg. 1970 wurden verschiedene Bildungsreformen zu einem „Strukturplan für das deutsche Bildungs- und Erziehungswesen“ gebündelt und eine Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsfragen eingesetzt. Ein Ergebnis war beispielsweise die versuchsweise Einführung der Gesamtschulen, die die soziale Benachteiligung von Kindern im dreigliedrigen Schulsystem beheben sollten. Bei den Bildungsreformen spielte Hildegard Hamm-Brücher als Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft eine wichtige Rolle. Die FDP verfolgte dabei vor allem in der Schulreform einen etwas weniger radikalen Umbau als die SPD in den von ihr regierten Bundesländern wie Bremen und Hessen. Gegen Ende der 1970er Jahre zogen auch CDU-geführte Kultusministerien, wie 1978 das baden-württembergische unter Kultusminister Wilhelm Hahn, nach. 1971 wurde mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz für breitere Bevölkerungsschichten der Gymnasialabschluss und der Hochschulzugang ermöglicht; mit dem Berufsbildungsgesetz von 1969 wurde außerdem die Berufsausbildung reformiert.⁴⁹ Diese inneren Reformen der Großen und sozialliberalen Koalition trugen ohne Zweifel zu jenem tiefgreifenden Wandel der westdeutschen Gesellschaft und Politik in den 1960er und 1970er Jahren bei. Die Rolle der FDP war dabei zunächst die des Stichwortgebers, dann die eines politischen Akteurs in der sozialliberalen Koalition.

47 Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie (wie Anm. 24), S. 26 f.

48 Dahrendorf: Bildung ist Bürgerrecht (wie Anm. 41).

49 Zur Bildungsreform siehe u.a.: Wilfried Rudloff: Bildungsplanung in den Jahren des Bildungsbooms. In: Frese: Demokratisierung (wie Anm. 42), S. 259-282; Conze: Suche nach Sicherheit (wie Anm. 27), S. 397-399; Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006, S. 241-245.

Hier lässt sich also zeigen, wie eine der Grundideen des westdeutschen Sozialliberalismus in den 1960er Jahren – die Bedeutung der Bildung für die demokratische Kultur und damit die Stabilität einer liberaldemokratischen politischen Ordnung – zunächst formuliert, dann verbreitet und mehrheitsfähig gemacht und schließlich in konkrete und vielschichtige Politik umgesetzt wurde. Sozialliberale Akteure wie Ralf Dahrendorf und Hildegarde Hamm-Brücher haben sowohl zur Formulierung dieser Sichtweise als auch zu ihrer Durchsetzung in der Partei (Dahrendorf) und Umsetzung in Regierungspolitik (Hamm-Brücher) beigetragen.

Sie waren dabei, wie diese innerliberale Richtung insgesamt, sowohl Produkt ihrer Zeit – als Liberale der Nachkriegsgeneration, die aus den Erfahrungen mit dem Dritten Reich, ihren Beobachtungen und Diagnosen der Nachkriegsgesellschaft und dem Nachdenken über Chancen und Gefährdungen der Demokratie – ihre politische Position herleiteten und dabei eine Neujustierung des Liberalismus vornahmen, die auf linksliberale Traditionen zurückgriff und zur Entstehung des spezifischen Sozialliberalismus der 1960er und frühen 1970er Jahre beitrug. Diese liberale Richtung hat dabei nicht nur die FDP verändert, sondern in Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie auch die Gesellschaft, die politische Kultur und die Politik der Bundesrepublik insgesamt.

3) Die Folgen für die FDP

Wie wirkte sich diese Entwicklung nun in der Folge auf die FDP als Partei und auf ihre Stellung in der westdeutschen Parteiens Landschaft aus? Tatsächlich brachte die gesellschaftliche Liberalisierung der FDP auch Probleme: Denn die Liberalisierung hatte nicht vor den Parteien Halt gemacht, und es war nicht nur die FDP, die einen Liberalisierungsprozess durchlaufen hatte: Die SPD bekannte sich seit 1959 zu westlich-liberalen Ordnungsvorstellungen. Auch in der CDU, deren Eintreten für die Soziale Marktwirtschaft ja bereits in den 1950er Jahren liberale Positionen besetzt hatte, fand seit Ende der 1960er eine Partireform statt; das maßgeblich von Bruno Heck verantwortete Berliner Programm von 1968 läutete den Abschied vom „Kanzlerwahlverein“ ein und brachte die Partei auf den Weg einer Mitgliederpartei, in der liberale Positionen durchaus ihren Platz hatten und die im selben „bürgerlichen Lager“ um Wähler warb wie die FDP.⁵⁰ Schlimmer noch aus Sicht der FDP: In den 1980er Jahren kam mit den Grünen eine neue Partei hinzu, die sich bald zur Bürgerrechtspartei entwickelte und individualistische –

50 Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart/München 2002.

wenn auch fortschrittsskeptische – Positionen vertrat.⁵¹ Die FDP hatte bald kein wirkliches Alleinstellungsmerkmal mehr.⁵²

Zudem begann der sozialliberale Flügel seit Mitte der 1970er Jahre wieder an Einfluss innerhalb der Partei zu verlieren. Seine Dominanz endete, die „Konjunktur für Links“ war vorüber.⁵³ Der Hintergrund des Wandels lag in der wachsenden Fortschrittsskepsis der 1970er Jahre, dem Eindruck, dass technokratische Reformen, staatliche Planung und sogar das Wirtschaftswachstum selbst Probleme schufen und nicht lösten. Das Schlagwort vom „Ende des Wachstums“ wurde in einer 1972 erschienenen Studie des Club of Rome geprägt, die auf die Bedrohung des Lebens auf der Erde durch den industriellen Ressourcenverbrauch und das Bevölkerungswachstum hinwies. Eine Gruppe amerikanischer Wissenschaftler, die sich mit der Zukunft der Weltwirtschaft beschäftigte, vertrat hier die These, dass das globale Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum die Ressourcen des Planeten überfordere. Die Menschheit plündere ihren eigenen Lebensraum aus und bringe sich selbst damit in große Gefahr. „Fortschrittsglaube und Leistungswillen dürfen sich nicht länger an der Zuwachsrate des Bruttonsozialprodukts ausrichten,“ mahnten die Autoren. Wachstum galt hier nicht mehr als Lösung, sondern als Problem.⁵⁴ Dies lieferte den Begriff für die Erfahrung eines Strukturwandels, sogar Strukturbruchs, der nicht nur die im Goldenen Zeitalter des Nachkriegsbooms allmählich für normal gehaltenen Wachstumsquoten beendete, sondern auch die Zuversicht und Zukunftsgewissheit, die Planungseuphorie und den Machbarkeitsglauben der späten 1960er und frühen 1970er Jahre ins Wanken brachte.⁵⁵ Mit dem Ende des Keynesianismus endete auch die Vorstellung, Gesellschaft steuern zu können. Die Reformen wurden leise ad acta gelegt, das Ziel war nun der Erhalt des bisher Erreichten. Vor diesem Hintergrund passten die Diagnosen und Lösungsangebote des Sozialliberalismus nicht mehr, sie boten keine Antworten auf das verbreitete Krisenempfinden nach dem Ölpreisschock und auf den Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft.⁵⁶

Parteipolitisch geriet die FDP mit dem Ende der sozialliberalen Koalition mehr als zuvor in die Rolle des reinen Koalitionsbeschaffers. Für die Wähler

51 Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn.“ Eine Geschichte der Gründungsgrünen. München 2011.

52 Zur FDP in den 1980er Jahren: Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium, 1982-1990. München 2006, S. 154-171.

53 „Keine Konjunktur für Links“: Günter Verheugen 1975, zit. nach Weber: Linksliberalismus in der Bundesrepublik (wie Anm. 30), S. 17 f.

54 Dennis Meadows u. a.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972, Klappentext.

55 Ariane Leendertz/Wencke Meteling: Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er Jahren. Frankfurt a. M./New York 2016.

56 Anselm Doering-Mantelf/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2008.

hatte sie bald eine „rein taktische Funktion“: Viele wählten wenn überhaupt, dann mit der Zweitstimme FDP, mit dem Ziel, absolute Mehrheiten zu verhindern. Die FDP wurde zur „Partei der zweiten Wahl“.⁵⁷ Schon seit 1969 ließ sich bei Landtagswahlen ein Wählerrückgang beobachten, und Ende der 1970er Jahre scheiterte sie gleich mehrfach in den Bundesländern an der Fünf-Prozent-Hürde. Im Bund blieben die Wahlergebnisse dagegen besser. Dies verlieh der Bundesebene der Partei „entscheidende organisatorische und innerparteiliche Bedeutung“ auf Kosten der Landesverbände.⁵⁸

Der Koalitionswechsel von der SPD zur CDU 1982 verschärfte diese Probleme noch: Der Standort der FDP in der politischen Landschaft war nicht mehr klar zu benennen. Dies führte zu Unzufriedenheit unter den Mitgliedern, die den Wechsel teilweise als „Verrat“ empfanden und mit Austritt quittierten: Mit dem Eintritt in die Regierung Kohl verlor die FDP über ein Viertel ihrer Mitglieder. Nicht wenige wechselten zur SPD. In den folgenden Landtagswahlen in Hessen, Bayern und Hamburg blieb sie wieder unter der Fünf-Prozent-Hürde.⁵⁹ In der Regierung Kohl wurde die Profilsuche der FDP nicht einfacher. Im Gegenteil war sie schwieriger als in der sozialliberalen Koalition, wo sich die Liberalen immerhin als Hüterin der Marktwirtschaft und Schutz vor zu viel „Sozialismus“ präsentieren konnten. Der Handlungsspielraum verengte sich nun, auch weil die Union in vielerlei Weise liberale Inhalte vertrat und im bürgerlichen Lager eine dominante Position innehatte.⁶⁰ Dies waren allerdings Probleme, die keineswegs nur die FDP betrafen, sondern ebenso den Liberalismus anderer europäischer Länder. In Westeuropa hatten sich die Gesellschaften und mit ihnen die Parteienlandschaft liberalisiert; Protestkulturen und zunehmende Individualisierungstendenzen fanden sich in ganz Westeuropa. Dies führte zu einer Krise und Neuorientierung des westeuropäischen Liberalismus.⁶¹

In den 1980er Jahren begannen Liberale, Entbürokratisierung und Deregulierung von Staat und Gesellschaft zu betonen. Ralf Dahrendorf prägte da-

57 Jürgen Dittberner: FDP, Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der FDP und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik. Opladen 1987; Hans Vorländer: Die FDP zwischen Erfolg und Selbstgefährdung. In: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuther (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1990, S. 237-275; Wirsching: Abschied vom Provisorium (wie Anm. 52), S. 154-171, hier S. 155 f.

58 Wirsching: Abschied vom Provisorium (wie Anm. 52), S. 155.

59 Leuschner: Geschichte der FDP (wie Anm. 25), S. 123-127.

60 Wirsching: Abschied vom Provisorium (wie Anm. 52), S. 159.

61 Hans Vorländer: Gibt es eine liberale Renaissance? Über Chancen und Perspektiven des politischen Liberalismus in der postindustriellen Gesellschaft. In: Ders. (Hrsg.): Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus. München 1987, S. 277-292; Wirsching: Abschied vom Provisorium (wie Anm. 52), S. 159.

für 1983 den Begriff „radikale Freiheit“.⁶² An die Stelle des Keynesianismus trat nun der sogenannte Neoliberalismus. Dessen wichtigste Theoretiker waren seit den vierziger Jahren Friedrich August von Hayek und seit den sechziger Jahren Milton Friedman. Insbesondere die „Chicago School“ um Milton Friedman formulierte mit ihrer monetaristischen Theorie einen umfassenden Gegenentwurf zum Keynesianismus, der nun zum neuen Leitbild liberaler Wirtschaftspolitik wurde. Die „Chicago School“ setzte auf die Kräfte des Marktes anstelle des Staates und wollte den Staat aus seinen gesellschaftlichen Aufgaben herauslösen.⁶³ In Großbritannien verfolgte die Conservative Party unter Margaret Thatcher diesen Kurs mit großer Konsequenz und machte die sozialstaatliche und gesellschaftsreformerische Politik der Labour-Regierung aus den 1970er Jahren wieder rückgängig.⁶⁴ In der Bundesrepublik der Regierung Kohl kam es jedoch nicht zu einem solchen radikalen Kurswechsel, hier überwogen, auch in der Wirtschaftspolitik, doch eher die Kontinuitäten. Die Grundannahmen über die Rolle des Staates in der Wirtschaft, und vor allem in der Gesellschaft, wurden allerdings in ganz Westeuropa neu überdacht. Dies hatte in erster Linie mit dem Strukturwandel, aber durchaus auch mit einer Erschöpfung angesichts der Zahl und Intensität der vorangegangenen Reformen zu tun, die nun als überzogen und kontraproduktiv erschienen.

Vor diesem Hintergrund hatten die Freiburger Thesen von 1971 schon seit Ende der 1970er Jahre aufgehört, eine Rolle in der Tagespolitik zu spielen; in mehreren Anläufen wurde versucht, sie zu ersetzen: mit den Kieler Thesen von 1977 und dem Berliner Manifest von 1982, und schließlich mit dem „Liberalen Manifest“ des Saarbrücker Parteitags vom Februar 1985.⁶⁵ Dieses Manifest beschwore die Freiheit des Einzelnen, richtete sich gegen Bürokratisierung und verband Krisendiagnose und Fortschrittsoptimismus:

„Nie zuvor waren die Möglichkeiten für eine Zukunft mit mehr persönlicher Freiheit größer als heute. Doch unsere Gesellschaft steckt in einer Krise der Institutionen und Wertorientierungen. Der Einzelne steht vor den Folgen einer Politik, die mehr Gleichheit und Glück will, aber oft mehr Unmündigkeit, Anonymität und Bürokratie bewirkt. Die Grenzen umfassender Vorsorge und Wohlfahrt durch den Staat sind doppelt sichtbar geworden: Die Finanzierung der sozialen Sicher-

62 Ralf Dahrendorf: Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus. Stuttgart 1983, S. 130, zit. nach Wirsching: Abschied vom Provisorium (wie Anm. 52), S. 159.

63 Johan van Overtveldt: The Chicago School. How the University of Chicago assembled the thinkers who revolutionized economics and business. Chicago 2007.

64 Dominik Geppert: Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979. München 2002; Wencke Meteling: "Statt Phoenix nur Asche". Thatchers Wirtschaftspolitik in der internationalen und britischen Kritik. In: Heuss-Forum, Theodor-Heuss-Kolloquium 2016, www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_thk2016_meeting.

65 Wirsching: Abschied vom Provisorium (wie Anm. 52), S. 160.

heit ist gefährdet. Die Bürokratisierung menschlichen Schicksals droht Individualität, Freiheit und persönliche Verantwortung zu ersticken. Eine Politik, die alles Heil zuerst im Staat sucht, kann die Zukunft nicht bewältigen.“⁶⁶

Dieses Manifest enthielt jedoch kein wirklich neues programmatisches Angebot; vielmehr machte es deutlich, wie sehr die FDP in die Defensive geraten war. Sie wurde bedrängt von der großen Volkspartei CDU auf der einen und von den Grünen auf der anderen Seite, die mit Ökologie und Pazifismus die zentralen Themen der frühen 1980er Jahre besetzt hielten.⁶⁷ Verschiedene Versuche erfolgten, neue Themen zu finden, was wiederum zu Zielkonflikten führen konnte. So erklärte Gerhart Baum, die Umwelt sei ein „typisches FDP-Thema“, während Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sich strikt gegen die Einführung von bleifreiem Benzin wandte und vor schädlichen Folgen von Umweltschutzmaßnahmen für die Wirtschaft warnte. Mehr Erfolg hatte da der linksliberale Burkhard Hirsch auf dem Feld der Innen- und Rechtspolitik. Ihm gelang es, etwa im Streit um die Kronzeugenregelung 1986, die FDP gegenüber der CDU als „Wahrerin rechtsstaatlicher Prinzipien“ zu profilieren – eine Rolle, die man seiner Meinung nach nicht der oppositionellen SPD überlassen dürfe.⁶⁸

Die zentrale Rolle aber spielte Hans-Dietrich Genscher, der von 1974 bis 1985 Parteivorsitzender war und als langjähriger Außenminister in der Regierung Kohl eine wichtige Rolle spielte. Als Verantwortlicher für den Koalitionswechsel zur CDU büßte er jedoch in der eigenen Partei einiges an Ansehen ein. Programmatisch verfolgte Genscher einen wirtschaftsliberalen Kurs und musste sich vorwerfen lassen, den Machterhalt über die programmatische Offenheit und Vielfalt der Partei gestellt zu haben. „Genscherismus“ wurde zum Schlagwort für eine rein taktisch agierende, inhaltleere Partei.⁶⁹ Vor allem der personelle Verlust durch die Abwanderung vieler Sozialliberaler nach der „Wende“ von 1982 konnte nur schwer ausgeglichen werden. Auch dies erschwerte eine programmatische Erneuerung der FDP.

Allerdings mahnte Otto Graf Lambsdorff, damals Bundesminister für Wirtschaft und Präsidiumsmitglied der Partei, „die Bedeutung der FDP im Parteiensystem könne nur durch ‚Elastizität‘, das heißt die Kraft zum Wechsel, erhalten werden“.⁷⁰ Und Andreas Wirsching gibt zu bedenken, dass der „kühl berechnende, auf viele taktisch wirkende ‚Genscherismus‘ [...] exakt

66 Das liberale Manifest der Freien Demokratischen Partei (Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Saarbrücken am 23./24. Februar 1985). In: Das Programm der Liberalen. Zehn Jahres Programmarbeit der F.D.P. 1980-1990. Baden-Baden 1990, S. 291-306, hier S. 293.

67 Wirsching: Abschied vom Provisorium (wie Anm. 52), S. 161 ff.

68 Ebd.

69 Zum innenpolitischen Gehalt des Begriffs „Genscherismus“ siehe: Wirsching: Abschied vom Provisorium (wie Anm. 52), S. 165 f.

70 Otto Graf Lambsdorff im Oktober 1982, zit. in ebd., S. 166.

die Möglichkeiten und Grenzen liberaler Politikgestaltung“ in der Ära Kohl widerspiegelte.⁷¹ So blieb die FDP bis zur Wiedervereinigung auf dieser 1982 eingeschlagenen Linie, programmatisch wie personell, unter der Führung Genschers und ab 1988 Lambsdorffs. Den Preis bezahlte die Partei, nach einer kurzen Blüte 1990/91, im Lauf der 1990er Jahre, als mit den Wiesbadener Grundsätzen der Schwenk zum Neoliberalismus programmatisch vollends durchgesetzt wurde, die politische Resonanz in der Öffentlichkeit aber – oder deswegen – ausblieb. Der ‚Neoliberalismus‘ wurde in der Ära Kohl nicht in derselben Weise politisch und gesellschaftlich relevant wie es der Sozialliberalismus zuvor gewesen war. Anders als in Großbritannien wurde er in der Bundesrepublik der Ära Kohl nicht in konkrete Politik umgesetzt. Auch später taugte er nicht zum Alleinstellungsmerkmal des politischen Liberalismus.

Fazit

Welche Rolle spielte also die FDP in der ‚Liberalisierung‘ der westdeutschen Gesellschaft und Politik, und welche Folgen hatte diese Liberalisierung für die Partei? Der politische Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland wandelte sich im Zuge der gesellschaftlichen Fundamentalliberalisierung der 1960er und 1970er Jahre auch selbst. Seine Erneuerung als Sozialliberalismus war ein Produkt dieser Entwicklung. Seine Protagonisten wurden jedoch selbst zu einem Motor und Akteur des gesellschaftlichen und politischen Wandels. Die FDP wurde allerdings in der Folge ein Opfer der breiten Liberalisierung von Gesellschaft und Politik, die auch die Parteienlandschaft geprägt und verändert hatte. Ihr fehlte nun das politische und programmatische Alleinstellungsmerkmal. Der Sozialliberalismus wurde ab Mitte der 1970er innerhalb der Partei wieder zur Randerscheinung; an seine Stelle trat jedoch nichts, was eine ähnlich programmatische und dynamische Funktion innerhalb der Partei wie der Gesellschaft hätte spielen können. Im Grunde wurde der Sozialliberalismus durch seinen Erfolg besiegt.

71 Ebd..